



Niederschrift

15. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. Oktober 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 15 der Tagesordnung: Karlsruher Pässe, Kinderpass Sachstand und niederschwellige Zugänge zu Leistungen für Familien sowie Haushaltssicherungsmaßnahmen
Vorlage: 2025/0843

Punkt 15.1 der Tagesordnung: Karlsruher Pässe, Kinderpass Sachstand und niederschwellige Zugänge zu Leistungen für Familien sowie Haushaltssicherungsmaßnahmen
Änderungsantrag: Die Linke
Vorlage: 2025/0843/1

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss den aktuellen Sachstand der Karlsruher Pässe und des Kinderpasses zur Kenntnis und beschließt die Fortentwicklung der Karlsruher Pässe und des Kinderpasses in der dargestellten Form einschließlich der Verbesserungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit mit der gezielten Ansprache der Familien sowie die enthaltenen Haushaltssicherungsmaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

- Beschlussvorlage, erster Teil: Einstimmige Zustimmung (47 Ja)
- Beschlussvorlage, restlicher Satz: Mehrheitliche Zustimmung (44 Ja, 3 Nein)
- Erster Änderungsantrag (ohne Mobilität, Badisches Konservatorium und Zoo): Mehrheitliche Ablehnung (3 Ja, 44 Nein)
- Zweiter Änderungsantrag (ohne Badisches Konservatorium und Zoo): Mehrheitliche Ablehnung (11 Ja, 36 Nein)
- Änderungsantrag Die Linke: Mit Stellungnahme erledigt

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 15 und 15.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 15. Oktober 2025:

Hier will ich die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Linken-Antrag noch dahingehend modifizieren, damit Sie jetzt vielleicht nicht große Diskussionsanlässe sehen. Für uns sind die zwei Elemente dieser Verwaltungsvorlage eigentlich unabänderlich miteinander verbunden, nämlich auf der einen Seite doch einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten und auf der anderen Seite aber sicherzustellen, dass wir niedrigschwelligere Zugänge,

größere Ansprache und all diese Themen haben. Deswegen ist die Stellungnahme auf den Änderungsantrag der Linken, dass wir Ihnen empfehlen, diese Trennung der beiden Ziffern abzulehnen. Das hat was mit unserer Einbringungsidee und auch der eigentlich festen Verbindung unsererseits zwischen diesen beiden Elementen zu tun. Da ich aber üblicherweise allen Wünschen nachkomme, die Ziffern getrennt abzustimmen, werde ich es in diesem Fall auch tun. Insofern ist für mich an der Stelle der Linken-Antrag als erledigt zu betrachten, und Sie brauchen jetzt keine weitere Diskussion darauf zu verwenden.

Es ist aber wichtig, dass Ihnen bewusst ist, dass aus Sicht der Verwaltung das eigentlich zwei unabänderlich miteinander verbundene Dinge sind. Sonst könnten wir es auch Ihnen gar nicht so vorschlagen. Das ist mir noch einmal ganz wichtig, dass damit zu betonen und betont zu haben.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Der Bericht zeigt die Bedeutung der Sozialpässe noch einmal deutlich, und er weist darauf hin, dass städtische Einrichtungen wie der Zoo und die Bäder davon immens profitieren, weil sie höhere Einnahmen haben und weil die Einrichtungen bekannter werden. Unser Antrag ist eine Antwort auf unseren Antrag, den wir gestellt haben, denn eigentlich besteht die Vorlage aus drei Teilen. Unser Antrag zielte darauf ab, die Zugangsmöglichkeiten zu den Pässen stark zu vereinfachen, denn die Anzahl derjenigen, die den Pass nicht besitzen, weil sie davon nichts erfahren oder weil die Antragstellung für manche zu schwierig ist, die soll gegen Null gehen, dies insbesondere in einer Zeit, in der das Thema soziale Gerechtigkeit mehr als bedroht ist durch die wachsende Ungleichheit und durch Propaganda gegen ärmere Menschen, nicht in Karlsruhe, sondern bundesweit.

Die Anzahl der bezugsberechtigten Kinder ist in den letzten fünf Jahren in Karlsruhe um 20 Prozent gestiegen. Die Möglichkeit, im Zoo spazieren zu gehen, schwimmen zu gehen oder sportlich aktiv zu sein, hilft Kindern aus ärmeren Familien und häufig räumlich äußerst beengten Haushalten, was man nicht vergessen darf, da rauszukommen und Stress abzubauen, mit Freunden und Freundinnen etwas zu unternehmen und diesen Stress abzubauen, dem Kinder aus ärmeren Familien häufig ausgesetzt sind, denn die latent vorhandene Stresssituation, in der sich Kinder aus diesen Haushalten befinden, ist eins der großen Probleme.

Die Verwaltung hat ganze Arbeit geleistet, und das trotz der Belastung momentan durch viele, teilweise kleinere, aber sich gut ergänzende Ideen, insbesondere den Kinderpass deutlich bekannter zu machen. Kreativ und vermutlich effizient ist die Idee, gezielte Ansprache an Familien, so wurde es genannt, die Idee, einen Kinderpassgutschein an alle Familien mit Neugeborenen zu verschicken, verbunden mit einem Gutschein zu einer reduzierten Zoo-Jahreskarte. Spazieren gehen mit Babys im Zoo, die bessere Luft unter den hohen Bäumen tut allen Familien gut. Und die Familien werden an den Zoo oder bezugsberechtigte Familien an den Sozialpass plus Zoo herangeführt. Es ist ein Schritt weg von der Exklusivität des Sozialpasses, also geniale Idee.

Interessant wird es sein, nach einem Jahr zu schauen, wie sich dieses Angebot auswirkt. Was die Sparmaßnahmen angeht, mit denen sind wir einverstanden, obwohl es ganz klar bitter ist, aber uns ist es sehr wichtig, nach einem Jahr zu schauen, wie sich die Sparmaßnahmen auswirken auf die Menschen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir haben in der Vorlage heute einen Sachstandsbericht und dann entsprechend auch noch ein paar Änderungen, die vorgeschlagen werden, Haushaltssicherungsmaßnahmen zum Karlsruher Pass und zum Karlsruher Kinderpass. Ich möchte noch einmal ganz kurz zurückblicken. Der Grundstein für den Karlsruher Pass wurde schon im Jahr 1987 gelegt. Da waren wir als Stadt Karlsruhe wirklich sehr vorausschauend. Es gab dann die Unterbrechung, 2009 ging es weiter, aber 2006 haben wir den Karlsruher Kinderpass eingeführt. Und seitdem haben wir mit diesen beiden Pässen wirklich eine tolle Maßnahme, wo wir den Familien und Menschen, Kindern Unterstützung zukommen lassen können, die das Ganze brauchen. Das Ganze ist sehr niederschwellig, es wurde auch schon ausgeführt, sowohl was den Zugang betrifft, aber auch was die Antragstellung betrifft, und das ist auch immer unser Thema. Es ermöglicht diesen Familien einfach teilzunehmen und nicht ausgegrenzt zu werden.

Was aber auch heute wieder zum Vorschein kommt, ist, dass wir zwar die Bezugszahlen in den letzten Jahren kontinuierlich weiter steigern konnten, aber doch immer noch nicht alle Berechtigten, die eigentlich Anspruch hätten, es wohl wissen oder mit der Antragstellung klarkommen. Deswegen unterstützen wir auch den Vorschlag der Verwaltung, dass die Öffentlichkeitsarbeit weiter optimiert wird, weiterhin umgesetzt wird und auch die Maßnahmen, die die Kollegin Anlauf bereits erwähnt hat, dass direkt mit der Geburt Kontakt aufgenommen wird und Kinder auch schon einen Gutschein oder den Pass bekommen.

Ganz vorbildlich, das möchte ich auch noch einmal erwähnen, ist bundesweit einzigartig unsere Sozialregion seit 2013. Mittlerweile sind 16 Kommunen und Gemeinden im ganzen Landkreis beteiligt. Das schafft natürlich schon ein einzigartiges Angebot. Ich möchte an der Stelle nicht nur der Verwaltung danken für diese ausführliche fundierte Vorlage, für die Arbeit, die hier geleistet wird. Ich möchte auch ganz besonders den vielen privaten Initiativen, Vereinen, Unterstützern ebenfalls danken, denn das ist eine tolle Kombi, dass wir nicht nur die städtischen Angebote drin haben, sondern dass auch in den letzten Jahren immer mehr auch private Firmeninitiativen hier mitmachen.

Zum Thema Haushaltssicherung, natürlich schmerzt es, wenn wir hier an dieser Stelle auch etwas konsolidieren müssen. Aber meine Fraktion ist der Meinung, dass die vorgeschlagenen Bereiche, einmal bei der Mobilität, hier geht es vor allem darum, dass erst einmal alle Bundeszuschüsse beansprucht werden, bevor wir als Stadt bezahlen müssen. Das ist aus unserer Sicht absolut richtig. Beim Zoo und beim Konservatorium würde es eine Erhöhung bedeuten. Dem können wir mitgehen, vor allem weil auch ausdrücklich ausgeführt ist in der Verwaltungsvorlage, dass der Mittelansatz dennoch ausreichend ist, um hier entgegenzukommen und alles andere sonst durch Umschichtungen berücksichtigt wird.

Stadtrat Tröndle (SPD): In diesem heißen Herbst, in dem die Konsolidierung unseres laufenden Haushalts ansteht, müssen wir uns meist mit Streichungen und Kürzungen befassen. Die Liste des Grauens oder der Tränen steht im Fokus von Kommunalpolitik, Verwaltung und Stadtgesellschaft. Zu den wenigen Lichtblicken in diesen Monaten gehört diese Vorlage zu den Karlsruher Pässen. Und nicht nur das, mit unserer Zustimmung zur Fortführung und Erweiterung von Karlsruher Pässen und Kinderpass unterstreichen wir als Gemeinderat die hohe Bedeutung, die der Kampf gegen Armut trotz oder gerade wegen der Haushaltslage für uns hat. Wir senden damit ein starkes Signal für die soziale Stadt. Und das darf gegenüber den öffentlichen Kontroversen zu anderen Entscheidungen keineswegs ins Abseits geraten. Im Gegenteil, für uns als SPD-Fraktion jedenfalls ist Sozialpolitik in

schwierigen Zeiten vor allem Armutspolitik. Der Kampf gegen Armut und deren Auswirkungen hat für uns oberste Priorität und wird für uns auch Leitlinien in den anstehenden Haushaltsberatungen sein. Armut hat viele Gesichter, materielle Not, prekäre Wohnsituation, Arbeitslosigkeit, rasant steigende Altersarmut, Mangel an Bildung und gesundheitlicher Versorgung oder fehlende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. All diese Formen zeigen Wechselwirkungen. Auch eine andere Form der Armut, fehlende Herzenswärme, mangelnde Solidarität, gepaart mit Tunnelblick und einer Renaissance der Egomane, die erleben wir derzeit, aber die hat mit den Pässen jetzt mal gar nichts zu tun, sondern ist eine Sache des gesellschaftlichen Diskurses.

Zurück zum Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Karlsruher Pässe und der Kinderpass sind die tragenden Pfeiler der sozialen Stadt. Die Kollegin Meier-Augenstein hat es gerade erwähnt, mit erheblicher Strahlkraft nach außen, seit 2013 mit der Sozialregion Karlsruhe als bundesweit beispielgebendes Netzwerk der Armutsbekämpfung. Ich danke dem Sozialdezernat, SJB und dem Stadtjugendausschuss ausdrücklich für das Konzept zur Weiterführung und Entwicklung der Pässe, den teilnehmenden Institutionen für ihr Mitwirken, vor allem den nahezu 100 Unternehmen, Initiativen und Vereinen aus Kultur und Sport, die Passinhabern eine Ermäßigung von 50 Prozent bieten und den Rest selbst schultern.

Wir stimmen der Vorlage in fast allen Punkten gerne zu, mit zwei kleinen Ausnahmen. Insofern sind wir der Fraktion der Linken dankbar für ihren Änderungsantrag nach getrennter Abstimmung und sind jetzt etwas verwirrt dadurch, dass es im Grunde genommen alles zusammenhängt. Also die zwei kleinen Ausnahmen, die will ich einmal kurz erwähnen. Das sind die Erhöhung der Eigeneinteile von Kunst- und Musikschule sowie beim Eintritt in den Zoo. Die Bezuschussung der Mobilität jedoch, die tragen wir mit, das ist in der Tat Sache des Bundes zunächst. Was wir auch begrüßen, ist die zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Pässe vorgeschlagene Ausstellung eines ein Jahr gültigen Karlsruher Kinderpasses für jedes Neugeborene. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam dieses starke Signal für die soziale Stadt aussenden.

Ich möchte, weil wir jetzt etwas überrascht sind über diesen Zusammenhang dieser beiden Teile, nach den Wortbeiträgen vor der Abstimmung um eine kleine kurze Unterbrechung bitten.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Grundsätzlich begrüßen wir den Sachstandsbericht zu den Karlsruher Pässen, der uns zeigt, dass wir hier in Karlsruhe ein wichtiges Instrument lokaler Sozialpolitik entwickelt haben und auch etablieren konnten. Das ist angesichts der wachsenden sozialen Ungleichheit auch absolut notwendig, denn mehr als jedes fünfte Kind lebt in Armut, und auch bei Senior*innen ist beinahe jeder Fünfte betroffen. Da ist es gut und richtig, dass Menschen mit wenig Geld als Kund*innen des Karlsruher Passes vergünstigten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen wie Schwimmbädern, Museen, Veranstaltungen, aber auch eines vergünstigten Angebots für den ÖPNV bekommen. Auch die geplante Weiterentwicklung für einen möglichst niedrigschwelligen Zugang, insbesondere für Familien, halten wir im Sinne einer Erhöhung der Inanspruchnahme für einen richtigen Schritt.

Trotzdem können wir nicht mit der ganzen Vorlage mitgehen, weswegen wir hier den Änderungsantrag gestellt haben. Vielen Dank, dass Sie den auch bewilligt haben, wobei wir auch in Zukunft bitten würden, solche Punkte getrennt in den Vorlagen für die

Beschlussfassung aufzulisten jeweils. Wir plädieren dafür, die Punkte zum Sachstand des Konzeptes und die Punkte zu den Haushaltssicherungsmaßnahmen getrennt abzustimmen, denn hierunter verstecken sich am Ende eben Kürzungen für die Leistungen im Karlsruher Pass-

System, welche die Eigenbeteiligung bei den Nutzenden, zum Beispiel beim Zoo und dem Badischen Konservatorium und den Musikschulen, erhöhen. Bei der Mobilität stimmt es tatsächlich, dass es da auch Sinn macht, wenn es Mittel vom Bildungs- und Teilhabepaket gibt. Gerade bei den Kindern und Jugendlichen ist es der Fall, dass man das zuerst prüft. Da gehen wir auch mit, wenn da eine Vorrangigkeit festgestellt werden kann.

Allerdings ist es sehr wichtig, dass es dann auch schnell geprüft wird und die Leute nicht ewig drauf warten. Da haben Sie mir zugesichert im Jugendhilfeausschuss, dass auch den Leuten geholfen wird, diese Anträge zu stellen, denn das ist nicht so ganz einfach für die Leute. Was aber die Erhöhungen bei der Eigenbeteiligungen bei dem Zoo und dem badischen Konservatorium angeht, finden wir zum Beispiel eine Erhöhung um zwei Euro für den Zoo, das mag für manche wenig klingen, aber für Menschen mit wenig Geld kann das genau den Ausschlag darüber geben, dann nicht mehr dorthin zu gehen. Das schränkt die soziale Teilhabe unnötig ein und ist, leider auch wie andere geplante Kürzungen im Rahmen der Haushaltssicherung, einfach gefährlich. Wir lehnen sparen auf dem Rücken der Menschen in ohnehin schwierigen Lebenslagen prinzipiell ab und halten sie für höchst un-solidarisch.

Stadträtin Döring (KAL): Der Karlsruher Pass und der Kinderpass zeigen, wie Kommunen, wie die Stadt Karlsruhe soziale Ungleichheit entgegenwirken können, und das ohne zu stigmatisieren. Die Leistungen, die mit den Pässen verbunden sind, ermöglichen Kindern und Erwachsenen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie machen Ausflüge in den Zoo oder das Schwimmbad erschwinglich. Sie ermöglichen die vergünstigte Teilnahme an Bildungsangeboten und kulturellen Veranstaltungen. An dieser Stelle möchte auch ich ganz ausdrücklich den vielen Einrichtungen, ob in der Kulturszene, im Sport oder auch im privatwirtschaftlichen Sektor, danken, die ohne eine Gegenfinanzierung der Stadt Passinhaber*innen eine vergünstigte Teilnahme an ihren Angeboten ermöglichen. Das ist durchaus nicht selbstverständlich, vor allem angesichts der auch dort oft finanziell angespannten Situation. Danke, dass Sie den Karlsruher Pass und den Kinderpass stark machen. Die Pässe sind Erfolgsmodelle. Das sehen wir auch an der großen Verbreitung und den Kooperationen im Umland, die als Sozialregion Teilhabe über kommunale und sogar über Landesgrenzen hinweg stärken. Die Karlsruher Liste unterstützt die Idee, den Kinderpass allen neugeborenen Kindern in Karlsruhe auszugeben. Die Idee, neugeborene Kinder in Karlsruhe auf diese Weise willkommen zu heißen, halten wir für noch sinnvoller als das Verschicken einer goldfarbenen Plakette oder eines Handtuchs. Das haben zumindest meine Kinder bekommen.

Kommen wir jetzt zum nicht so schönen Teil der Vorlage. Auch die Angebote von Pass und Kinderpass sollen ihren Beitrag zur Haushaltssicherung leisten. Wir tun uns sehr schwer mit diesen Schritten. Ich würde auch darum bitten, dass wir die Möglichkeit, bestimmte Dinge getrennt abzustimmen, vielleicht noch einmal in Ruhe in der Pause klären können, weil die Empfänger*innen des Karlsruher Passes und des Kinderpasses genau zu den Bevölkerungsgruppen gehören, die wir auch ökonomisch unterstützen müssen und wollen. Aber welche Sparmaßnahme, muss man auch sagen, trifft in diesem Teilhaushalt denn schon die

richtige Gruppe? Im Angebotsteil Mobilität bei den Kinderpässen die Vorrangigkeit eines Anspruchs aus dem Bereich Bildung und Teilhabe voranzustellen, halten wir für folgerichtig.

Vielen Dank auch an dieser Stelle an SOZPÄDAL, die für einen Teil der erwachsenen Passberechtigten, die ohne bestandene Bonitätsprüfung keinen Zugang zum Ticket hätten, eine Lösung gefunden haben. Die vorgeschlagenen Änderungen sehen wir, wie gesagt, kritisch und würden jetzt gerne noch einmal klären, wie man das abstimmen kann. Einer weiteren Reduktion neben dem, was jetzt hier vorgeschlagen ist, und weiteren Rückschritten bei der Bezuschussung von Eintritten oder Kursgebühren, würden wir zukünftig entschieden entgegenreten. Und auch wir wünschen uns eine Rückmeldung nach einem Jahr, ob die Angebote weniger in Anspruch genommen werden durch die Passinhaber*innen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Nur ganz kurz, wir sind mit der Verwaltungsvorlage einverstanden und brauchen keine Pause.

Bürgermeisterin Melchien: Ich bedanke mich für Ihre von hoher Fachlichkeit geprägten und sehr wertschätzenden Beiträge. Den Dank gebe ich gerne an alle in der Verwaltung, aber vor allem auch an die vielen Unterstützerinnen und Unterstützer weiter, die diese Armutsbekämpfung hier ermöglichen. Es ist ein Herzstück des Rats, das zeigen Ihre Beiträge. Sie haben richtig darauf hingewiesen, dass es uns hier im Kern vor allen Dingen darum geht, die Inanspruchnahme zu erhöhen. Das heißt im Endeffekt, unser Ziel an dieser Stelle ist, dass diejenigen, die berechtigt sind, auch ihre Möglichkeiten nutzen. Deswegen finde ich es eine sehr mutige Vorlage und bedanke mich, dass ich sie zumindest in diesem Teil auf jeden Fall alle mitgehen möchten.

Wir haben hier eine sehr umfangreiche Bestandsaufnahme, auf die gehe ich jetzt nicht weiter ein, aber sie zeigt eben, wie stark auch gerade durch die Kampagne „Gegen Armut – wir sind dabei!“ auch die Zahl der Unterstützenden ist und dadurch auch die Zahl der Möglichkeiten, die arme Menschen, die in dieser Stadt sind, haben. Wir haben sie tatsächlich um Maßnahmen der Haushaltssicherung erweitert. Was steckt hier dahinter? In großen Teilen ist das der Bereich der Mobilität. Und hier geht es uns, genau wie Sie richtig sagen, vor allem um die Vorrangigkeit. Es ist nämlich richtig, wenn der Bund bereit ist, Leistungen zu bezahlen, dann soll er sie bitte auch bezahlen. Dann kann es nicht sein, wenn wir hier Entwicklungen haben, dass unsere Pässe, weil sie einfacher sind, auch wenn sie in Teilen weniger Möglichkeiten für die Betroffenen ermöglichen, dann nicht genutzt werden. Von dem her ist das der große Teil der finanziellen Anpassung, den wir hier vornehmen, der aus meiner Sicht genau richtig ist, nämlich die Vorrangigkeit und gleichzeitig eine Erweiterung der Möglichkeiten der Kundinnen und Kunden, wenn sie ein Deutschlandticket haben und eben nicht das Karlsruher Sozialticket.

Der weitere Teil, der tatsächlich eine Anpassung in Form der prozentualen Bezuschussung vorsieht, eine Verschlechterung, wie Sie sagen, bezogen auf das Konservatorium und den Karlsruher Zoo, dient durchaus auch einer Anpassung im Sinne der Einheitlichkeit und Einfachheit in der Darstellung. 50 Prozent ist nun mal die Regel, die wir haben beim Karlsruher Pass. Es geht bei uns um keine Almosen, es geht um eine Eigenbeteiligung, durch die wir eine Äquivalenz schaffen, dass in Karlsruhe, unabhängig vom Geldbeutel der jeweiligen Person, öffentliche Einrichtungen genutzt werden können.

Aber selbstverständlich, und das haben jetzt mehrere deutlich gemacht, können Sie diese Punkte getrennt abstimmen. Wir beschließen zunächst entsprechend dem Antrag der Linken Punkt 1. Da habe ich jetzt verstanden, dass alle mitgehen können. Punkt 2 beinhaltet dann die Haushaltsmaßnahmen. Da danke ich Ihnen noch, Frau Stadträtin Kaufmann. Sie haben ganz deutlich gemacht, Sie beziehen sich nicht auf diesen großen Bereich der Mobilität, sondern Sie beziehen sich auf das Konservatorium. Hier die Anpassung auf 40 Prozent, entsprechend auch der höheren Kosten, die dort zu tragen sind, und die 50 Prozent beim Karlsruher Zoo.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Das mit der Vorrangigkeit könnten wir rausnehmen. Also das ist für uns in Ordnung.

Bürgermeisterin Melchien: Genau, und auch im Bereich der Karlsruher Pässe haben wir auch das Thema, dass das Deutschlandticket nicht genutzt wird. Auch da haben wir den Bereich Mobilität drin. Das wäre noch einmal wichtig zur Frage, weil Frau Döring und Herr Stadtrat Tröndle deutlich zum Ausdruck gebracht haben, dass Sie auch nur diesen zwei Aspekten hier zustimmen müssen. All denjenigen, die gefragt haben nach einer Evaluation, wir haben Ihnen zugesichert, es ist Teil der Vorlage, dass wir nach einem Jahr Erfahrung Sie informieren und Sie selbstverständlich, Frau Stadträtin Anlauf, Frau Stadträtin Döring, die Möglichkeit haben, dann zu reagieren darauf, und das sichere ich Ihnen hiermit zu.

Wenn weiterhin dennoch der Wunsch ist, aber ich glaube damit, mit der Erklärung, hat sich der Wunsch nach Unterbrechung für alle erledigt. Wenn dem nicht so ist, geben Sie ein kurzes Zeichen. Wenn nach dieser Aufklärung es klar ist und wir zur Abstimmung übergehen können, dann bedanke ich mich noch einmal ganz herzlich. Ich bedanke mich bei allen, die unsere Pässe unterstützen und damit aktiv und wirksam den Menschen in dieser Stadt helfen. Und noch einmal auch an die Öffentlichkeit gerichtet, wir erweitern hier Armutsbekämpfung. Das muss die Botschaft sein. Im Bereich der Mobilität ist es konsequent und folgerichtig, was wir Ihnen hier vorschlagen und was den Mammutanteil dieser Vorlage darstellt.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Ich wollte es nur noch einmal klarstellen, dass es bei uns wirklich darum geht, wir akzeptieren, dass es man beim Kinderpass für die Mobilität die vorrangigen Mittel vom Bund nimmt. Aber bei dem Karlsruher Pass, bei der Mobilität geht es nicht um vorrangige Mittel, sondern da geht es darum, dass auch der Eigenanteil erhöht wird für das Deutschlandticket, und dem stimmen wir nicht zu.

Der Vorsitzende: Ich lege immer noch fest, was wer abstimmt, bevor jetzt hier alle anfangen, mir Vorschläge zu machen. Wir gehen natürlich mit dem weitestgehenden Vorschlag, das ist der von der Linken, Sie haben es jetzt zwar etwas eingeschränkt, aber es geht trotzdem über den Wunsch der SPD-Fraktion hinaus. Ich will nur auf eine Gefahr aufmerksam machen. Wir versuchen im Moment, vertretbare und konzeptionell nachvollziehbare Kürzungsvorschläge zu machen, aber nicht nur das, wir verbinden das auch mit strategischer Weiterentwicklung und durchaus einer Kraftanstrengung, auch weitere Menschen zu erreichen, die wir bisher mit unseren Angeboten noch nicht erreicht haben, ganz auf der Linie, dass wir das Thema Armutsbekämpfung nicht ad acta legen. Ich fände es schade, wenn wir jetzt schon bei der ersten Vorlage, die versucht, beides in einen schlüssigen Zusammenhang zu bringen, um auch ein Stück weit Ihnen eine Brücke zu bauen und uns eine Brücke zu bauen in die Bürgerschaft, dass wir nicht nur kürzen, sondern dass wir versuchen,

trotzdem auch noch konzeptionell weiterzuentwickeln, sich jetzt einige hier beginnen, die Rosinen rauszupicken und am Ende sagen zu können, na endlich haben sie strategisch weiterentwickelt. Ein paar Sachen haben wir auch mitgekürzt, aber da, wo es vielleicht dann doch auch mal eine Familie mit ein, zwei Euro trifft, da haben wir es verhindert und dann da draußen die Heldinnen und Helden zu sein. Ich überspitze das jetzt von der Formulierung ein bisschen. Beziehen Sie es auch mal auf das, was wir dann vielleicht im Dezember bei den Haushaltsberatungen auch noch erleben. Dafür möchte ich allgemein warnen, weil warum sollen am Ende nicht alle Fraktionen so einen Weg gehen, und dann können wir uns von den 80 Millionen, von denen wir eh nur 70 zusammen haben, dann noch einmal 10 Millionen abstreichen, und dann haben Sie alle nichts mehr davon. Ich möchte einfach nur darauf hinweisen, ohne jetzt konkret zu einzelnen Punkten noch etwas sagen zu wollen oder zu müssen.

Stadträtin Döring (KAL): Einfach nur noch einmal zur Klärung der Abstimmung jetzt, wenn wir nach dem Linken-Antrag gehen, Punkt 2, also ablehnen würden, die Haushaltssicherungsmaßnahmen, dann hätten wir aber auch den Bereich der Mobilität bei den Erwachsenen herausgenommen. Ich habe Herrn Tröndle aber so verstanden, dass es der SPD eigentlich nur um den Zoo und die Musikschule geht. Stimmen wir es noch einmal einzeln ab?

Der Vorsitzende: Also ich kann es noch einmal erklären, was Frau Melchien schon erklärt hat. Es gibt jetzt erst einmal um die Ziffer 1, die können wir durchwinken mit mehr oder weniger Zustimmung, möglicherweise auch kompletter. Bei der Ziffer 3 sehe ich im Moment drei Abstimmungspunkte, nämlich einen Änderungsantrag, der die Interpretation der abgelehnten Haushaltssicherungsmaßnahmen durch die Linken beinhaltet. Der hat sehr viel mit Mobilität für den Karlsruher Pass plus KONS und so weiter zu tun. Dann, wenn der nicht angenommen wird, gibt es einen zweiten Änderungsantrag, der nur was mit KONS und Zoo zu tun hat. Und dann gibt es die entweder veränderte oder nicht veränderte Beschlussvorlage. So ist die Reihenfolge, auch von der Logik her, glaube ich, nachvollziehbar.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Es tut mir leid, dass ich jetzt noch etwas sage, aber ich möchte einfach noch einmal ganz kurz auf das eingehen, was Sie gesagt haben, bei allem Respekt. Wir fangen jetzt an, über die ersten Sparmaßnahmen zu sprechen. Das ist nicht die erste übrigens, wir haben heute schon über die Steuererhöhung gesprochen. Wir sprechen gleich noch über die Geschwisterkindregelung. Das ist jetzt eine der, die vorweggegriffen sind. Selbstverständlich werden wir ganz viel über rote Linien sprechen, jetzt in den nächsten Monaten. Ob wir das heute tun oder ob wir das im Dezember tun, jeder hier wird seine rote Linien zeichnen können. Uns als SPD ist klar gewesen, wir gehen ganz konstruktiv in diesen Sparprozess, so wie wir das die letzten Male auch gemacht haben.

Aber bei der Armutsbekämpfung ist für uns eine ganz elementare Aufgabe unsere sozialdemokratische Kommunalpolitik, und hier beim Karlsruher Pass, wir loben das ausdrücklich, dass wir das ausweiten. Wir sehen es als einen ganz wichtigen und ganz guten Schritt. Aber erlauben Sie uns auch, dass wir noch zwei kleine roten Linien ziehen. Hier beim KONS, das ist für uns ein Bildungsauftrag. Der Zoo ist eine niederschwellige Freizeitgestaltung, die sich wirklich jede Familie hier in der Stadt leisten können soll. Erlauben Sie uns, dass wir da auch noch eine kleine rote Linie ziehen.

Der Vorsitzende: Ich erlaube Ihnen alles. Es hat doch mit Erlaubnis nichts zu tun. Wir kommen damit in das Abstimmungsprozedere. Ich rufe zunächst die Ziffer 1 auf oder den

ersten Satz, es ist nicht in Ziffern sortiert, aber den ersten Satz quasi bis zu dem Punkt „einschließlich der Verbesserungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit“. Das ist im Grunde der erste Teil des Satzes auf der Beschlussvorlage. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. Der beinhaltet keine Kürzungsmaßnahmen in irgendeinem Bereich. Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Im Moment sehe ich noch eine Einstimmigkeit.

Ich habe übrigens einen Fehler gemacht. Es muss in dem ersten Satz gehen: „Mit der gezielten Ansprache der Familien.“ Die haben Sie jetzt mitbeschlossen. Das ist, glaube ich, klar. Sorry, da war ich zu früh im Abbruch des Satzes. Hat denn einer dagegen gestimmt oder nicht teilgenommen an der Abstimmung? Dann haben wir alle dafür gestimmt. Dann bitte ich das einfach dem Protokoll, das so anzupassen, wie eben die anwesende Anzahl der Stadträtinnen und Stadträte ist.

Jetzt kommen wir zu den Änderungen, die hier vorgeschlagen worden sind. Die erste Änderung ist, dass wir die Mobilität für den Pass und die beiden KONS und so weiter, KONS und Zoo, dass wir die rausnehmen. Es kommt noch mal ein weiterer Änderungsantrag, dass wir nur Zoo und KONS rausnehmen, nur damit wir das verstehen, was wir meinen. Also ich gehe jetzt auf den Linken-Antrag ein, modifiziert, dass die Kürzungen bei Mobilität im Pass und Zoo und KONS rausgehen. Es ist kein Widerspruch zum Nächsten, weil es einfach verschiedene Bündel sind, und deswegen müssen wir sie getrennt abstimmen. Ich bitte jetzt an dieser Stelle, bei dem Änderungsantrag der Linken, um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist mehrheitlich abgelehnt. Herr Nguyen, Sie haben auch abgelehnt. Okay, also die Minusstimmen wären noch einmal plus eins. Sie auch? Okay. Ich weiß nicht, was heute los ist, aber wir kriegen es, glaube ich, hin.

Der nächste Änderungsantrag beinhaltet nur, was heißt nur, beinhaltet, dass wir die Erhöhung des Eigenanteils beim Zoo und die Erhöhung des Eigenanteils beim KONS rausnehmen aus dieser Vorlage. Ich bitte jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist auch eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit steht der zweite Teil der Beschlussvorlage zur Abstimmung, und zwar, dass wir die ganzen Haushaltssicherungsmaßnahmen, so wie sie in der Vorlage beschrieben sind, auch mittragen. Da geht es jetzt um die Abstimmung ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung, vielen Dank. Finden sich alle wieder? Okay.

(Unterbrechung der Sitzung vom 18:58 – 19:15 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
29. Oktober 2025